

Vergleich zu den meisten Umfragen mit kleinen Stichproben in den Subeinheiten.⁵³ Unterhalb des traditionellen Ost-West-Vergleichs könnte der Indikator auch die Varianzen innerhalb Ost- und Westdeutschlands anzeigen.⁵⁴ Im Zeitvergleich wäre es zudem sicherlich interessant, das Wahlverhalten vor (wie hier) und nach der Flüchtlingskrise empirisch zu vergleichen.

Dabei soll aber nicht die Aggregatdatenanalyse gegen die Individualdatenanalyse zur Erfassung von regional unterschiedlichen Politischen Kulturen ausgespielt werden. Beide methodischen Zugänge haben ihre Vor- und Nachteile, so dass ihre Kombination eine optimale Analyse der Politischen Kultur verspricht.⁵⁵

53 Vgl. Tom Mannewitz, Politische Kultur im subnationalen Vergleich, in: ZfP, 62. Jg. (2015), H. 1, S. 31 – 48, S. 40.

54 Vgl. zur Kritik an diesem traditionellen Vergleich ohne Berücksichtigung der Differenzen innerhalb der west- und ostdeutschen Bundesländer: Hendrik Träger, a.a.O. (Fn. 38), S. 75.

55 Vgl. Werner Seitz, Die politische Kultur und ihre Beziehung zum Abstimmungsverhalten, Zürich 1997.

Die Erfolge der AfD und die Wahlbeteiligung: Gibt es einen Zusammenhang?

Stefan Haußner und Arndt Leininger*

Seit die Alternative für Deutschland (AfD) erstmals zur Bundestagswahl 2013 angetreten war, nahm sie an allen darauffolgenden Landtagswahlen sowie der Wahl zum Europäischen Parlament (EP) 2014 teil und erzielte dabei teils beachtliche Erfolge.¹ Gleichzeitig stieg die Beteiligung an einigen dieser Wahlen deutlich an. Der vorliegende Beitrag ist vor diesem Hintergrund einerseits motiviert durch die Vermutung, dass die AfD von der gestiegenen Wahlbeteiligung profitiert hat, und andererseits von der Behauptung, dass die Partei dazu beitrug, die Wahlbeteiligung zu steigern.

Ursprung ersterer Vermutung sind die Wanderungsanalysen zu einzelnen Landtagswahlen, nach denen sich eine einfache Mehrheit der AfD-Wählerinnen² aus dem Lager der Nichtwählenden rekrutierte. Die zweite Behauptung wurde von Politikerinnen der Partei selber und den Medien häufiger geäußert. Es steht also die Hypothese im Raum, die AfD mobilisiere vormalige Nichtwählende, die mehrheitlich dann diese Partei wählen würden. Somit wäre die AfD zugleich sowohl Ursache als auch Hauptprofiteurin der gestiegenen

* Unser Dank gilt Theresa Bernemann, Fabio Best, Joel Wächter und Robert Welz für ihre kompetente Recherche und redaktionelle Arbeit.

¹ Außerdem nahm sie auch an allen Kommunalwahlen teil, dort oft jedoch nicht flächendeckend.

² Wir verwenden in diesem Beitrag für Personenbeschreibungen die weibliche Form. Die Angaben beziehen sich auf Angehörige aller Geschlechter, und Männer sind natürlich mit einbezogen.

Wahlbeteiligung. Dass rechtspopulistische Parteien – als solche kann die AfD mittlerweile mit einiger Sicherheit bezeichnet werden³ – tatsächlich mobilisierende Wirkung haben, ist wissenschaftlich jedoch (noch) nicht gesichert.⁴ Während die politikwissenschaftliche Forschung sich bisher vor allem mit der Charakterisierung der Partei und der Analyse der Wählerschaft sowie der Parteiprogrammatik auseinandersetzt, soll der vorliegende Beitrag die Debatte um einen weiteren Schwerpunkt ergänzen: Wie wirkt das Erstarken dieser neuen Partei auf die Wahlbeteiligung? Und: Welchen Zusammenhang zwischen den elektoralen Erfolgen der AfD und der Wahlbeteiligung gibt es?

Um diesen Fragestellungen nachzugehen werden die Ergebnisse aller landesweiten Wahlen⁵, in denen die AfD bisher antrat, analysiert. Es handelt sich um die Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament, sowie um die Wahlen zu den Parlamenten der Länder Hessen, Sachsen, Brandenburg, Thüringen, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Saarland, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Somit werden elf Flächenländer sowie zwei Stadtstaaten mit mindestens einer flächendeckenden Wahl erfasst. Konkret werden die Wahlergebnisse auf Ebene der Landkreise beziehungsweise der kreisfreien Städte untersucht. Dabei geht es um die Beschreibung des Zusammenhangs zwischen Stimmenanteilen für die AfD einerseits und der Wahlbeteiligung andererseits, um die Plausibilität der genannten Hypothesen zu prüfen. Kausale Effekte lassen sich mit den verfügbaren Daten nicht nachzeichnen. Dennoch bietet die Analyse von Ergebnissen auf der Aggregatebene einen ersten Zugang, sich diesen Fragestellungen empirisch zu nähern.

Zudem können so fast alle Wahlen seit der Bundestagswahl 2013 in den Blick genommen werden und dadurch ein erschöpfendes Gesamtbild der elektoralen Entwicklung in Bezug auf die AfD in Deutschland gezeichnet werden. Zugleich ist jedoch Vorsicht bei der Interpretation dieser Analysen geboten. Auf ihrer Basis lassen sich nämlich keine Rückschlüsse auf individuelles Handeln einzelner Personen treffen. Dies zu tun würde bedeuten, einen ökologischen Fehlschluss zu begehen. Die hier vorgestellten Befunde sind vielmehr als komplementär zu vereinzelten Untersuchungen auf Individualdatenbasis zu betrachten.

1. Eine theoretische Einordnung der AfD

Neu oder aus bereits etablierten Parteien entstehende rechtspopulistische Parteien sind ein europaweit zu beobachtendes Phänomen. Wurden etwa der französische Front National oder die skandinavischen „Fortschrittparteien“ zu Anfang noch als vorübergehendes Pro-

3 Vgl. *Pola Lehmann / Theres Matthieß*, Nation und Tradition: Wie die Alternative für Deutschland nach rechts rückt, in: WZB-Mitteilungen, Nr. 156, Berlin 2017, S. 21 – 24; *Robert Vehrkamp*, Rechtspopulismus in Deutschland: Zur empirischen Verortung der AfD und ihrer Wähler vor der Bundestagswahl 2017, in: WZB-Mitteilungen, Nr. 156, Berlin 2017, S. 17 – 20.

4 Vgl. *Tim Immerzeel / Mark Pickup*, Populist Radical Right Parties Mobilizing ‘the People’? The Role of Populist Radical Right Success in Voter Turnout, in: *Electoral Studies*, 40. Jg. (2015), S. 347 – 360; *Robert A. Huber / Saskia P. Ruth*, Mind the Gap! Populism, Participation and Representation in Europe, in: *Swiss Political Science Review*, 23. Jg. (2017), H. 4, S. 462 – 484, S. 475.

5 Mit Ausnahme der Wahlen zur Bürgerschaft (Landtag) des Stadtstaats Bremen, der effektiv nur aus zwei Kreisen besteht.

testphänomen abgetan, hat sich mittlerweile eine Parteienfamilie entwickelt, die in nahezu allen Parteiensystemen Europas elektorale Erfolge feiern kann.⁶

Deutschland stellte, was diese Entwicklung angeht, lange Zeit einen Sonderfall dar, da sich hier trotz einiger Versuche (Republikaner, Schill-Partei) keine rechtspopulistische Partei langfristig etablieren konnte. In jüngster Zeit gibt es allerdings mit der AfD eine Partei, für die Begriffe wie Anti-Euro-Partei, rechtspopulistisch oder nationalkonservativ kursieren. Bei den jüngsten Wahlen konnte sie durchaus beachtliche Erfolge feiern. Während sie bei der Bundestagswahl 2013 noch knapp an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte, zog sie in der Folge bis dato in 13 Landesparlamente ein. Auch wenn die hohen Ergebnisse von bis zu 24,3 Prozent – bei der Landtagswahl 2016 in Sachsen-Anhalt – bei den letzten Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen nicht bestätigt werden konnten, wird der AfD mittlerweile doch das Potential attestiert, sich längerfristig etablieren zu können.⁷ Der vorliegende Beitrag möchte sich nicht an der Diskussion um die genaue Einordnung der AfD oder deren Entwicklungsgeschichte beteiligen⁸, sondern konzentriert sich auf die Auswirkungen, die diese Partei potentiell auf das politische System in Deutschland hat. Dennoch werden Teile der Entstehungsgeschichte der AfD nachgezeichnet, sofern sie ihr Wählerpotential betreffen.

1.1. Reaktionen auf den Erfolg der AfD und die gestiegene Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen 2016

Während in den vergangenen drei Jahrzehnten die Beteiligung an Bundestags-, Landtags- und auch EP-Wahlen meist zurückging oder allenfalls stagnierte, konnte bei den letzten Landtagswahlen über gestiegene Beteiligungsquoten berichtet werden. In acht der dreizehn Landtagswahlen seit September 2013 wuchs die Wahlbeteiligung teils deutlich (siehe auch Abbildung 3). Ebenso konnten zum Teil erhebliche Wahlerfolge der AfD verzeichnet werden. So kam die Partei teilweise auf über 20 Prozent und wurde zweitstärkste Kraft in den Landtagen von Schwerin und Magdeburg. Bei allen Landtagswahlen 2016 erzielte die AfD zweistellige Ergebnisse. Zwar konnten diese Erfolge speziell in den westdeutschen Bundesländern anschließend nicht wiederholt werden, doch schaffte die AfD auch in allen folgenden Landtagswahlen mühelos den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde und ist nun in 13 Landesparlamenten vertreten.

6 Vgl. Frank Decker, Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven, in: *ders.* (Hrsg.), Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden 2006, S. 9 – 32.

7 Vgl. *ders.*, Die Ankunft des neuen Rechtspopulismus im Parteiensystem der Bundesrepublik, in: Christoph Bieber / Andreas Blätte / Karl-Rudolf Korte / Niko Switek (Hrsg.), Regieren in der Einwanderungsgesellschaft. Impulse zur Integrationsdebatte aus Sicht der Regierungsforschung, Wiesbaden 2017, S. 55 – 61.

8 Eine ausführliche und aktuelle Übersicht über die Entwicklung der programmatischen Einordnung bietet Joel Rosenfelder, Die Programmatik der AfD: Inwiefern hat sie sich von einer primär euroskeptischen zu einer rechtspopulistischen Partei entwickelt?, in: ZParl, 48. Jg. (2017), H. 1, S. 123 – 140.

Besonders in der Wahlberichterstattung wurden diese beiden Phänomene miteinander verbunden und auf der Grundlage von Wanderungsbilanzen geschlossen, dass die AfD vor allem vom Lager der ehemaligen Nichtwählenden profitierte. Zwar hätte die AfD „in allen Lagern gewildert“⁹, der größte Teil der AfD-Sympathisantinnen stamme aber aus der Gruppe, die bei früheren Wahlen der Politik den Rücken zugekehrt hatte. Gerade die „Enttäuschten“ hätten sich zu „Protestwählerinnen“ entwickelt und würden nun trotz unterschiedlicher Beweggründe von der AfD vereint.¹⁰ Mit Blick auf Mecklenburg-Vorpommern kam die FAZ zu dem Schluss, die „AfD mobilisiert verängstigte Nichtwähler“¹¹. Im Vergleich zu anderen Berufsgruppen hätten vor allem Arbeiter und Arbeitslose, die vormals eher als wahlmüde galten, die AfD gewählt.¹² In der Berichterstattung wurde also häufig eine direkte Verbindung von ehemaligen Nichtwählenden beziehungsweise von der Politik Enttäuschten zum Erfolg der AfD gezogen. Die gestiegene Beteiligung an diesen Wahlen wurde hierfür als zusätzlicher Beleg angeführt.

Das mediale Bild ist allerdings an einigen Stellen durchaus differenzierter. Nach den Landtagswahlen im Jahr 2016 in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt wurde ebenso analysiert, dass vor allem die CDU vom Aufstieg der AfD gefährdet sei.¹³ Eine häufige Erklärung war auch, dass die AfD quer durch die politischen Lager Stimmen gewinnen konnte. Dennoch wirft die mediale Berichterstattung – wenn auch überspitzt – eine interessante Frage auf: Wirkt die AfD mobilisierend auf das Lager der Nichtwählenden, und lassen sich die Erfolge der Partei vor allem durch diese Mobilisierung erklären?

1.2. Der Forschungsstand zur AfD

Von Beginn an waren die Programmatik und auch die Wählerschaft der AfD ständiger Teil wissenschaftlicher und öffentlicher Debatten. Die Partei wurde 2013 vor allem als eurokritische Gruppierung gegründet. Zu Beginn fanden sich noch wenige klassisch rechtspopulistische Themen in ihrem Programm, dafür aber eine strikte Ablehnung des Euros und der Wunsch, die Eurozone abzuwickeln. In den Wahlkämpfen zur Bundestagswahl 2013, bei der die Partei knapp den Einzug in das Parlament verpasste, und der folgenden Europawahl

9 *Sasan Abdi-Herrle / Sascha Venohr / Paul Blickle*, In allen Lagern gewildert, in: Die Zeit online vom 5. September 2016, <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-09/mecklenburg-vorpommern-landtagswahl-waehlerwanderung-afd> (Abruf am 9. Januar 2018).

10 Vgl. *Christina Elmer / Christina Hebel*, AfD mobilisiert Enttäuschte – nicht Überzeugte, in: Spiegel online vom 13. März 2016, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/wahlergebnisse-2016-in-der-analyse-afd-mobilisiert-nichtwaehler-a-1081852.html> (Abruf am 9. Januar 2018).

11 *Timo Steppat*, Wähleranalyse: AfD mobilisiert verängstigte Nichtwähler, in: FAZ online vom 5. September 2016, <http://www.faz.net/aktuell/politik/wahl-in-mecklenburg-vorpommern/analyse-der-landtagswahl-afd-mobilisiert-veraengstigte-nichtwaehler-14415882.html> (Abruf am 9. Januar 2018).

12 Vgl. *Marcel Pauly*, CDU verliert Hunderttausende Wähler an die AfD, in: Die Welt online vom 13. März 2016, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article153256475/CDU-verliert-Hunderttausende-Waehler-an-die-AfD.html> (Abruf am 9. Januar 2018).

13 Vgl. *Marcel Pauly*, a.a.O. (Fn. 12).

2014 trat die AfD ausschließlich mit der Agenda eines „weichen“ Euroskeptizismus auf.¹⁴ Damit grenzte sie sich auch von den etablierten Parteien im deutschen Parteiensystem ab, die den Euro als Teil des „permissive consensus“¹⁵, also der stillschweigenden Übereinkunft der Bevölkerung mit weiteren Integrationsversuchen zur Einigung Europas sahen.

Beim Parteitag der AfD im Juli 2015 kam es zur Eskalation des Konflikts zwischen den beiden Lagern. Mehrere Anträge *Bernd Luckes* wurden abgelehnt, und er verlor die Wahl zum Parteisprecher deutlich gegen *Frauke Petry*, die die Kandidatin des nationalkonservativen Flügels war. *Lucke* sowie mehrere seiner Unterstützer traten daraufhin aus der AfD aus und fanden sich zum Teil in dem ursprünglich als innerhalb der AfD gegründeten Bündnis ALFA wieder zusammen.¹⁶ Diese Partei spielt aber keinerlei Rolle mehr im deutschen Parteiensystem.

Zwar konnte man von Anfang an eine starke Ablehnung gegenüber Eliten wahrnehmen und eine Polarisierung des „kleinen Mannes“ gegenüber „denen da oben“ beobachten; im Zuge der Migrationsfrage wurde diese in In- und Out-Groups klassifizierende Programmatik aber noch deutlicher. Zum Zeitpunkt der Bundestagswahl 2013 hätte die Programmatik der AfD „keine Kategorisierung als rechtspopulistische Partei“¹⁷ zugelassen. Vor der Europawahl hätten zwar Ähnlichkeiten zu anderen europäischen Rechtspopulisten in der Anti-Establishment-Rhetorik festgestellt werden können, „aber keine wirkliche Übereinstimmung“¹⁸. Zwar gab es auch schon früh Stimmen, die die Partei als rechtspopulistisch oder rechtsradikal einstuften¹⁹, die Mehrheit der politikwissenschaftlichen Forschung sprach sich in dieser Frühphase allerdings gegen diese Attribute aus.²⁰

Während die Eurokrise im Verlauf des Europawahlkampfes der Kristallisierungspunkt für die Orientierung der Partei war, wurde es in der Folge mehr und mehr die Flüchtlingsproblematik.²¹ Noch im Programm für die EP-Wahl 2014 schwieg die AfD völlig zum Thema Islam und setzte sich so auch gegenüber anderen europäischen rechtskonservativen Parteien strategisch ab.²² 2016 bildeten die Themen Einwanderung und Islam dann die zentralen

14 Vgl. *Simon Franzmann*, Calling the Ghost of Populism: The AfD's Strategic and Tactical Agendas Until the EP Election 2014, in: *German Politics*, 25. Jg. (2016), H. 4, S. 457 – 479.

15 *Leon N. Lindberg / Stuart A. Scheingold*, Europe's Would-Be Polity, Englewood Cliffs 1970, S. S. 249 ff.

16 Aufgrund eines Rechtsstreits um den Namen heißt diese Partei heute Liberal-Konservative-Reformer.

17 *Rüdiger Schmitt-Beck*, Euro-Kritik, Wirtschaftspessimismus und Einwanderungsskepsis: Hintergründe des Beinah-Wahlerfolges der Alternative Für Deutschland (AfD) bei der Bundestagswahl 2013, in: *ZParl*, 45. Jg. (2014), H. 1, S. 94 – 112, S. 112.

18 *Simon Franzmann*, Die Wahlprogrammatik der AfD in vergleichender Perspektive, in: *Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung*, Düsseldorf 2014, S. 115 – 124, S. 122.

19 Beispielsweise *Alexander Häusler*, Die Alternative für Deutschland – Eine Rechtspopulistische Partei?, Heinrich Böll Stiftung NRW, Düsseldorf 2013.

20 Vgl. *Kai Arzheimer*, The AfD: Finally a Successful Right-Wing Populist Eurosceptic Party for Germany?, in: *West European Politics*, 38. Jg. (2015), H. 3, S. 535 – 556; *Marcel Lewandowsky*, Eine rechtspopulistische Protestpartei? Die AfD in der öffentlichen und politikwissenschaftlichen Debatte, in: *ZPol*, 25. Jg. (2015), H. 1, S. 119 – 134, S. 124.

21 Vgl. *Simon Franzmann*, a.a.O. (Fn. 14), S. 473.

22 Vgl. *Morten Pieper / Stefan Haußner / Michael Kaeding*, Die Vermessung des Euroskeptizismus der Alternative für Deutschland (AfD) im Frühjahr 2014, in: *Michael Kaeding / Niko Switek* (Hrsg.), *Die Europawahl 2014. Spitzenkandidaten, Protestparteien, Nichtwähler*, Wiesbaden 2015, S. 149 – 160, S. 156 f.

Diskussionspunkte auf dem Parteitag in Stuttgart.²³ Auch aus diesem Grund wird die AfD zunehmend als rechtspopulistisch oder nationalkonservativ beschrieben.²⁴ Das Eurothema spielt nur noch eine untergeordnete Rolle, auch wenn die EU-kritische Haltung besonders durch die EP-Mitglieder *Markus Pretzell* und *Beatrix von Storch* weiterhin präsent ist. Trotz interner Machtkämpfe gelang es der AfD, getragen von der Bedeutung der Flüchtlingstheematik, sich weiter zu etablieren und Wahlerfolge zu erzielen. Parteivize *Alexander Gauland* sprach auch deshalb von der Flüchtlingskrise als „Geschenk“.²⁵ Das Ausnutzen von „Gelegenheitsstrukturen“²⁶ verdeutlicht den zunehmend populistischen Charakter der Partei, was ihr zum Teil – wie auch anderen rechtspopulistischen Parteien in Europa – den Ruf einer „Chamäleonpartei“²⁷ einbrachte, die je nach politischer Gelegenheit ihre „Farbe“ (Programmatik) wechselt und sich populistisch an Stimmungen anpasst. Diese programmatiche Radikalisierung führte dazu, dass die AfD heute recht unumstritten als „rechtspopulistisch“ charakterisiert wird.²⁸ Die entscheidende Rolle spielten dabei die Aspekte, die *Cas Mudde* seiner Definition des Populismusbegriffs zugrunde legt: einerseits der Antagonismus zwischen einem vermeintlich homogenen Volkswillen und der politischen Elite²⁹, andererseits die politische Einordnung in die Kategorie „rechts“, geprägt durch die Inanspruchnahme vermeintlicher Vorrechte der „einheimischen“ Bevölkerung gegenüber ethnischen und vor allem religiösen Minderheiten (in diesem Fall der Islam). Die AfD weist durch ihre starke Abgrenzung zwischen „Volk“ und „Elite“, ihre Vorliebe für strikt geordnete Gesellschaft und harte Sanktionen für Abweichler sowie durch den Gedanken, dass nationale Identität vor äußeren Angriffen geschützt werden müsse, die entscheidenden Merkmale auf, um trotz verschiedener Strömungen innerhalb der Partei als rechtspopulistisch klassifiziert zu werden.

Neben der breit geführten Diskussion um ihre Programmatik, gibt es weit weniger Studien, die sich mit der Wählerschaft der AfD beschäftigen und diese in Gänze abbilden. Auch das hat mit der Geschwindigkeit zu tun, in der sich die Partei entwickelte. Oftmals waren Ergebnisse schon überholt und veraltet und lediglich auf eine „vergangene“ AfD Bezug nehmend.³⁰ Zwei der wenigen wissenschaftlichen Studien zur AfD-Anhängerschaft

23 *Joel Rosenfelder*, a.a.O. (Fn. 8), S. 139.

24 *Marcel Lewandowsky*, a.a.O. (Fn. 20), S. 120.

25 Vgl. „AfD-Vize Gauland sieht Flüchtlingskrise als Geschenk“, in: Spiegel online vom 12. Dezember 2015, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-alexander-gauland-sieht-fluechtlingskrise-als-geschenk-a-1067356.html> (Abruf am 9. Januar 2018).

26 *Christian Nestler / Jan Rohgalf*, Eine deutsche Angst – Erfolgreiche Parteien rechts von der Union, in: ZfP, 61. Jg. (2014), H. 4, S. 389 – 413; *Kai Arzheimer / Elisabeth Carter*, Political Opportunity Structures and Right-Wing Extremist Party Success, in: European Journal of Political Research, 45. Jg. (2006), H. 3, S. 419 – 443.

27 *Karl-Rudolf Korte*, Die Landtagswahlen waren ein Fest der Demokratie, in: Focus online vom 16. März 2016, http://www.focus.de/politik/experten/korte/gastbeitrag-von-karl-rudolf-korte-die-landtagswahlen-waren-ein-fest-der-demokratie_id_5360486.html (Abruf am 9. Januar 2018).

28 Vgl. *Pola Lehmann / Theres Matthieß*, a.a.O. (Fn. 3).

29 Vgl. *Cas Mudde*, Populist Radical Right Parties in Europe, Cambridge 2007.

30 Vgl. *Achim Goerres / Staffan Kumlin / Dennis Spies* (Hrsg.), The Electoral Supporter Base of the Alternative for Germany: An Analysis of a Panel Study of German Voters in 2015-16, Annual Conference of the Specialist Group on Political Economy of the German Political Science Association (DVPW), Düsseldorf 2017, S. 3.

beziehen sich noch auf die Bundestagswahl 2013.³¹ Die Übertragbarkeit dieser Ergebnisse auf die aktuelle AfD ist aufgrund der skizzierten Entwicklung der Partei zweifelhaft. Für die besagte Bundestagswahl charakterisierten *Nicole Berbuer, Marcel Lewandowsky* und *Jasmin Siri* die AfD-Wählerschaft als relativ jung, mehrheitlich männlich und überwiegend politisch stark interessiert. Darüber hinaus besitzt etwa die Hälfte einen Universitätsabschluss und hat ein Nettoeinkommen zwischen 2.500 und 5.000 Euro.³² Die Analysen beruhen allerdings auf Daten des Wahlkompasses 2013, einer Online-Anwendung, die Nutzerinnen ihre eigene politische Verortung aufzeigen soll und – wie der Autor und die Autorinnen selbst zugestehen – einige methodische Probleme mit sich bringt.

Rüdiger Schmitt-Beck nutzte die telefonisch durchgeführte Befragung der German Longitudinal Election Study (GLES) 2013, die wissenschaftlich häufiger genutzt wird als die Daten des Wahlkompasses. Auch er charakterisierte die AfD-Wählenden als überwiegend männlich. Einen Zusammenhang mit der Bildung oder der Erwerbstätigkeit stellte er allerdings nicht fest.³³ *Schmitt-Beck* machte darüber hinaus vor allem politisch Unentschlossene als potentiell Wählende aus. Schon bei der Bundestagswahl 2013 hatten sich etwa 70 Prozent der AfD-Wählerschaft erst sehr kurz vor der Wahl entschlossen, die AfD zu wählen.³⁴

Die bisher aktuellsten Analysen liefern ein Arbeitspapier von *Achim Goerres, Staffan Kumlin* und *Dennis Spies* sowie ein Beitrag von *Knut Bergmann, Matthias Diermeier* und *Judith Niehues*.³⁵ Die von *Goerres* und Ko-Autoren genutzte im Mai 2016 durchgeführte Befragung beschäftigte sich mit dem Thema Wohlfahrtsstaat und konzentrierte sich deshalb stark auf das sozioökonomische Profil sowie ökonomische Einstellungen der Befragten und weniger auf deren politischen Haltungen.³⁶ Dennoch lassen sich AfD-Sympathisierende über die Frage identifizieren, wie wahrscheinlich es ist, die Partei zu wählen.³⁷ In dieser Studie zeigt sich abermals eine geringere Wahrscheinlichkeit, dass Frauen die AfD favorisieren. Dasselbe gilt im Gegensatz zu der Studie von *Berbuer, Lewandowsky* und *Siri* für höher gebildete Personen (Abitur oder höher). Einkommen und Alter spielen keine Rolle.³⁸

Bergmann, Diermeier und *Niehues* zeigten auf Basis des Langfrist-Online-Tracking der GLES von September 2013 bis September 2016, dass Befragte mit einer Wahlabsicht für die AfD überwiegend über ein mittleres Bildungsniveau und Einkommen verfügen.³⁹ Zudem blickten sie deutlich pessimistischer auf ihre eigene sowie die nationale zukünftige wirtschaftliche Entwicklung. Befragte mit AfD-Wahlabsicht betrachteten deutlich häufiger als andere Befragte das Thema Zuwanderung mit „großer Sorge“. Diese Befunde wurden

31 Vgl. *Rüdiger Schmitt-Beck*, a.a.O. (Fn. 17); *Nicole Berbuer / Marcel Lewandowsky / Jasmin Siri*, The AfD and Its Sympathisers: Finally a Right-Wing Populist Movement in Germany?, in: *German Politics*, 24. Jg. (2015), H. 2, S. 154 – 178.

32 Vgl. *Nicole Berbuer / Marcel Lewandowsky / Jasmin Siri*, a.a.O. (Fn. 31), S. 168.

33 Vgl. *Rüdiger Schmitt-Beck*, a.a.O. (Fn. 17), S. 110.

34 Vgl. ders., The ‘Alternative für Deutschland’ in the Electorate: Between Single-Issue and Right-Wing Populist Party, in: *German Politics*, 26. Jg. (2016), H. 1, S. 124 – 148.

35 Vgl. *Achim Goerres / Staffan Kumlin / Dennis Spies*, a.a.O. (Fn. 30); *Knut Bergmann / Matthias Diermeier / Judith Niehues*, Die AfD: Eine Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener?, in: *ZParl*, 48. Jg. (2017), H. 1, S. 57 – 75.

36 Vgl. *Achim Goerres / Staffan Kumlin / Dennis Spies*, a.a.O. (Fn. 30), S. 17.

37 Vgl. ebenda, S. 18.

38 Vgl. ebenda, S. 22.

39 Vgl. *Knut Bergmann / Matthias Diermeier / Judith Niehues*, a.a.O. (Fn. 35).

auf Individualdatenbasis ergänzt durch eine Analyse der Ergebnisse der 2016 stattgefundenen Landtagswahlen auf Ebene der Kreise. Hier erwiesen sich die Arbeitslosenrate, der Anteil von Ausländern und auch von besser Gebildeten (allgemeine Hochschulreife) an der Wohnbevölkerung als aussagekräftig für den Wahlerfolg der AfD. Die ersten beiden Faktoren sind positiv mit den Stimmenanteilen der AfD korreliert, während letzterer negativ korreliert ist.

2. Der Forschungsstand zur Mobilisierung durch Populismus

Die hier skizzierte empirische politikwissenschaftliche Forschung zur AfD ist fast ausschließlich auf die Angebotsseite gerichtet. Dies mag wie beschrieben damit zusammenhängen, dass nur wenige Umfragedaten vorhanden sind, die es erlauben würden, das Elektorat der AfD genauer zu analysieren. Zwar existieren wissenschaftliche Nachwahlbefragungen für die Bundestagswahl 2013 sowie die Europawahl 2014, doch war die AfD zu diesem Zeitpunkt eine euroskeptische, jedoch keine rechtspopulistische Partei.⁴⁰ Diese Wandlung stand noch aus.

Die Wirkung populistischer Parteien auf die Wahlbeteiligung ist auch in der internationalen Forschung nur selten untersucht worden. Aus der allgemeinen Literatur zur Wahlbeteiligung lässt sich jedoch die Erwartung einer mobilisierenden Wirkung rechtspopulistischer Parteien durchaus ableiten. So kann deren Auftreten zur Intensivierung des elektoralen Wettbewerbs beitragen wie auch zur politischen Polarisierung. In Zeiten erhöhten politischen Wettbewerbs werden sich alle Parteien verstärkt bemühen, sich durch ihre Kampagnen von Konkurrenten abzuheben. Weiterhin gelten niedrig Gebildete, Arbeitslose und Arbeiter als klassisches Klientel rechter Parteien. Diese beteiligen sich üblicherweise unterdurchschnittlich häufig an Wahlen, dürften aber durch das Auftreten einer rechtspopulistischen Partei besonders mobilisiert werden. Somit wäre auch zu erwarten, dass rechtspopulistische Parteien von positiven Veränderungen der Wahlbeteiligung profitieren. Dies kontrastiert mit der klassischen Erwartung, dass mit einer erhöhten Wahlbeteiligung der Anteil von Wählenden mit niedrigem sozioökonomischen Status an der Wählerschaft steigt. Davon sollten insbesondere linke und sozialdemokratische Parteien profitieren. Diese Erwartung kann jedoch nicht mehr uneingeschränkt gelten, wenn sich diese Elektorate verstärkt rechten Positionen zuwenden. So zeigten beispielsweise *Henning Finseraas* und *Kåre Vernby* für Norwegen, dass sowohl die sozialdemokratische als auch die Fremskrittpartiet, eine Partei der radikalen Rechten, von gestiegener Wahlbeteiligung profitierten.⁴¹

Als fortgeschrittenste empirische Beiträge sind hier Artikel von *Tim Immerzeel* und *Mark Pickup*⁴² sowie *Robert A. Huber* und *Saskia P. Ruth*⁴³ zu nennen. *Immerzeel* und *Pickup* analysierten auf Basis des European Social Survey das Wählerverhalten in 33 europäischen Ländern zu sechs Zeitpunkten zwischen 2002 und 2012. Obwohl frühere Unter-

40 Vgl. *Kai Arzheimer*, a.a.O. (Fn. 20).

41 Vgl. *Henning Finseraas / Kåre Vernby*, A Mixed Blessing for the Left? Early Voting, Turnout and Election Outcomes in Norway, in: *Electoral Studies*, Bd. 33 (2014), S. 278 – 291.

42 Vgl. *Tim Immerzeel / Mark Pickup*, a.a.O. (Fn. 4).

43 Vgl. *Robert A. Huber / Saskia P. Ruth*, a.a.O. (Fn. 4).

suchungen gezeigten hatten, dass sich ein Großteil der typischen Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien aus niedriggebildeten, arbeitslosen Personen, Angestellten und Personen mit negativen Einstellungen gegenüber Zugewanderten rekrutiert⁴⁴, wurden diese Gruppen nicht besonders durch rechtspopulistische Parteien mobilisiert. *Immerzeels* und *Pickups* Ergebnisse legen vielmehr nahe, dass rechtspopulistische Parteien die meisten ihrer Stimmen aus dem Segment erhalten, das bereits für eine andere Partei stimmte. In Westeuropa mobilisierten erfolgreiche rechtspopulistische Parteien vielmehr hochgebildete und politisch interessierte Befragte. Darüber hinaus kann das Entstehen solcher Parteien auch gerade ihre Gegnerinnen mobilisieren und so zu einer höheren Wahlbeteiligung führen, ohne dass die Partei selbst davon profitieren würde.⁴⁵ Die Ergebnisse dieser Studie wurden durch *Daniel Stockemer*⁴⁶ weitgehend bestätigt, der zu dem Schluss kam, dass das Mobilisierungspotential extrem rechter Parteien mit Veränderungen der Wahlbeteiligung weder systematisch sinkt noch steigt. Auch *Huber* und *Ruth* fanden auf Basis einer Analyse von 207 nationalen Wahlen in 31 europäischen Ländern zwischen 1990 und 2014 keine Anhaltspunkte für die Wirkung populistischer Parteien auf die Höhe der Wahlbeteiligung – auch nicht, wenn sie exklusiv rechtspopulistische Parteien betrachteten.

Die AfD tritt erst im Anschluss an die Beobachtungsperioden dieser Studien als rechtspopulistische Partei auf. Somit stehen vergleichbare Untersuchungen für Deutschland noch aus. Gerade zu Beginn ihrer Entstehung sprach die AfD aber durch ihre explizite Opposition zum „permissive consensus“ und durch die Kritik an den demokratischen Verfahren auf Bundes- und europäischer Ebene vor allem von der bisherigen Politik Enttäuschte an. Während *Aiko Wagner*, *Marcel Lewandowsky* und *Heiko Giebler* 2014 für die Wählerschaft etablierter Parteien kaum Unterschiede in der Einstellung zur europäischen Integration feststellen können, empfindet die AfD-Wählerschaft die europäische Integration im Durchschnitt als deutlich zu weit fortgeschritten.⁴⁷ Hier stellte die „Alternative für Deutschland“ also tatsächlich eine Art Alternative zum grundlegend pro-europäischen Kurs der im Bundestag vertretenen Parteien dar. Dies spricht auch für eine Mobilisierung des Nicht-Mainstreams. Im weiteren Verlauf vertrat die Partei vor allem wohlstandschauvinistische Inhalte und griff damit im Zuge der so genannten Flüchtlingskrise abermals Ängste der so genannten Modernisierungsverlierer auf.⁴⁸ Aus theoretischer Sicht und vor dem Hintergrund der Literatur wäre es also durchaus plausibel anzunehmen, dass die AfD eine mobilisierende Wirkung vor allem auf Enttäuschte und Nichtwählende hatte.

44 Vgl. zum Beispiel *Marcel Lubbers / Merove Gijsberts / Peer Scheepers*, Extreme Right-Wing Voting in Western Europe, in: European Journal of Political Research, 41. Jg. (2002), H. 3, S. 345 – 378.

45 Vgl. *Tim Immerzeel / Mark Pickup*, a.a.O. (Fn. 4), S. 349.

46 Vgl. *Daniel Stockemer*, The Success of Radical Right-Wing Parties in Western European Regions? New Challenging Findings, in: Journal of Contemporary European Studies, 25. Jg. (2016), H. 1, S. 41 – 56.

47 Vgl. *Aiko Wagner / Marcel Lewandowsky / Heiko Giebler*, Alles neu macht der Mai? Die Alternative für Deutschland (AfD) und die Europawahl 2014, in: *Michael Kaeding / Niko Switek* (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 22), S. 137 – 148, S. 144 f.

48 Vgl. *Oskar Niedermayer / Jürgen Hofrichter*, Die Wählerschaft der AfD: Wer ist sie, woher kommt sie und wie weit rechts steht sie?, in: ZParl, 47. Jg. (2016), H. 2, S. 267 – 284, S. 281.

3. Wählerwanderungsanalysen

Alternativ lohnt ein Blick auf die Wanderungsanalysen der Wahlen seit 2013.⁴⁹ Diese liegen für die Bundestags- und EP-Wahl sowie die Landtagswahlen vor.⁵⁰ Tatsächlich sprechen auch die Wählerwanderungsdaten dafür, dass sich ein zum Teil erheblicher Prozentsatz des Elektorats der AfD aus ehemaligen Nichtwählern rekrutiert. Wie in Abbildung 1 zu sehen ist, ist dies allerdings mit Ausnahme der Europawahl 2014 erst im Jahr 2016 stärker der Fall und bei den Wahlen 2017 schon wieder schwächer ausgeprägt. Bis 2016 machten die Nichtwählenden maximal 25 Prozent (Bremen) der AfD-Wähler aus. Meist liegt der Anteil sogar eher um zehn Prozent. Eine Ausnahme stellt die Europawahl dar, bei der die AfD mit der Anti-Euro-Thematik vormalige Abstinente anscheinend besonders stark mobilisieren konnte.

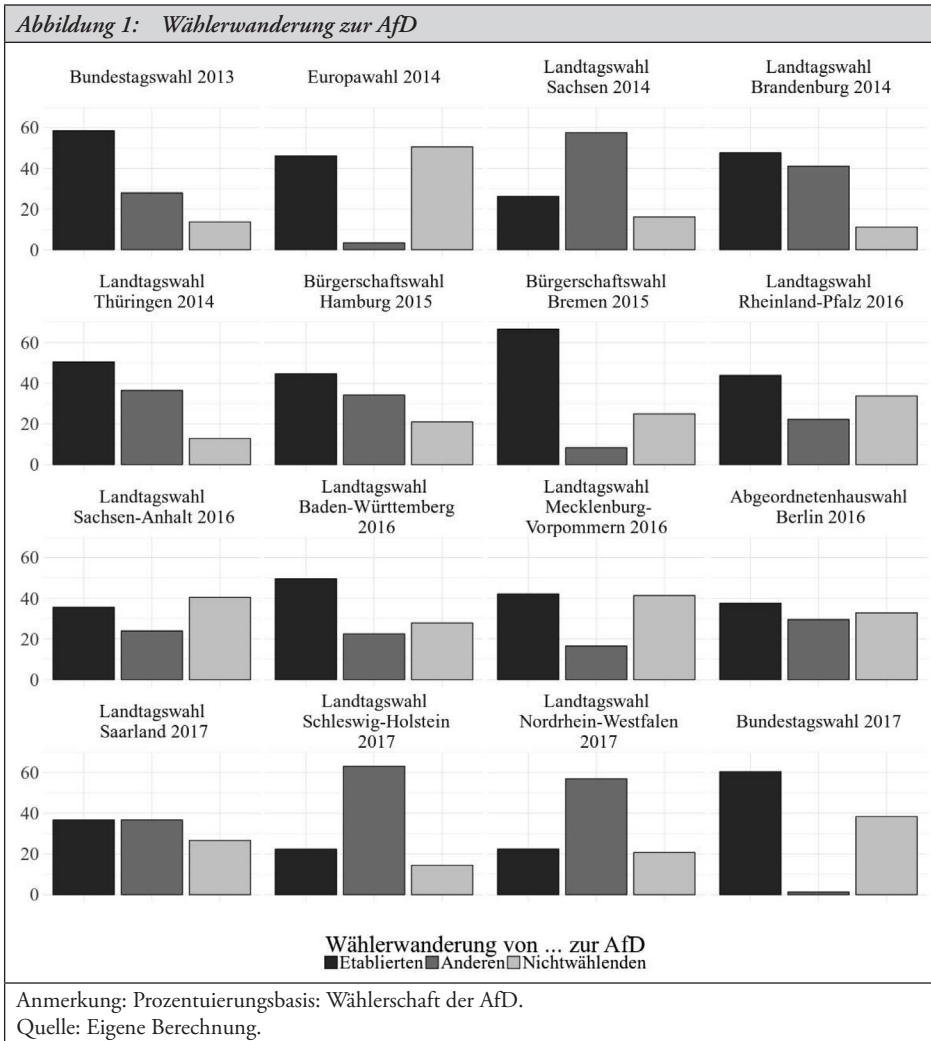
Bereits hier wird deutlich, dass von einer Mobilisierung der AfD ausschließlich oder beinahe ausschließlich im Lager der Nichtwählenden, wie es teilweise in den Medien berichtet wurde, keine Rede sein kann. Vielmehr beschränkt sich die starke Mobilisierung in diesem Lager auf das Jahr 2016 und selbst dann machten die ehemaligen Nichtwähler nur in einem Fall (Sachsen-Anhalt) die einfache Mehrheit an der gesamten Wählerschaft aus.

Ein ähnliches Bild zeigen die Wanderungen in das Nichtwahllager oder aus diesem Lager heraus (siehe Abbildung 2). Negative Werte bedeuten, dass die Nichtwähler an die jeweilige „Gruppe“ verloren haben, positive Werte, dass sich im Vergleich zur letzten Wahl mehr Wahlberechtigte zur Nichtwahl entschlossen haben. Natürlich sind die Balken für die AfD durchweg im negativen Bereich, da es die Partei bei den jeweils vorherigen Wahlen noch nicht gab. Wie bereits in Abbildung 1 erkennbar, sind es vor allem die Wahlen im Jahr 2016, bei denen die AfD besonders von den Nichtwählenden profitierte. Teilweise machte hier die Wanderung zur AfD über 50 Prozent der gesamten Wählerwanderung aus. Zwar ist die Interpretation der „Sammelgruppen“ der Etablierten und Anderen nicht ganz eindeutig, aber dass seit der ersten Wahl im Jahr 2016 alle Balken im negativen Bereich sind, veranschaulicht nochmals die allgemein gestiegene Wahlbeteiligung bei den jüngsten Wahlen. Auch hier scheint es so, dass 2017 die etablierten Parteien die größten Profiteure von dieser Entwicklung waren und nicht die AfD. Bei den aufmerksamkeitserregenden Wahlen 2016 sowie bei der Bundestagswahl gewannen im Saldo ebenfalls neben der AfD die etablierten und „anderen“ Parteien mehr ehemalige Nichtwählende hinzu, als an das Nichtwahllager verloren wurden.

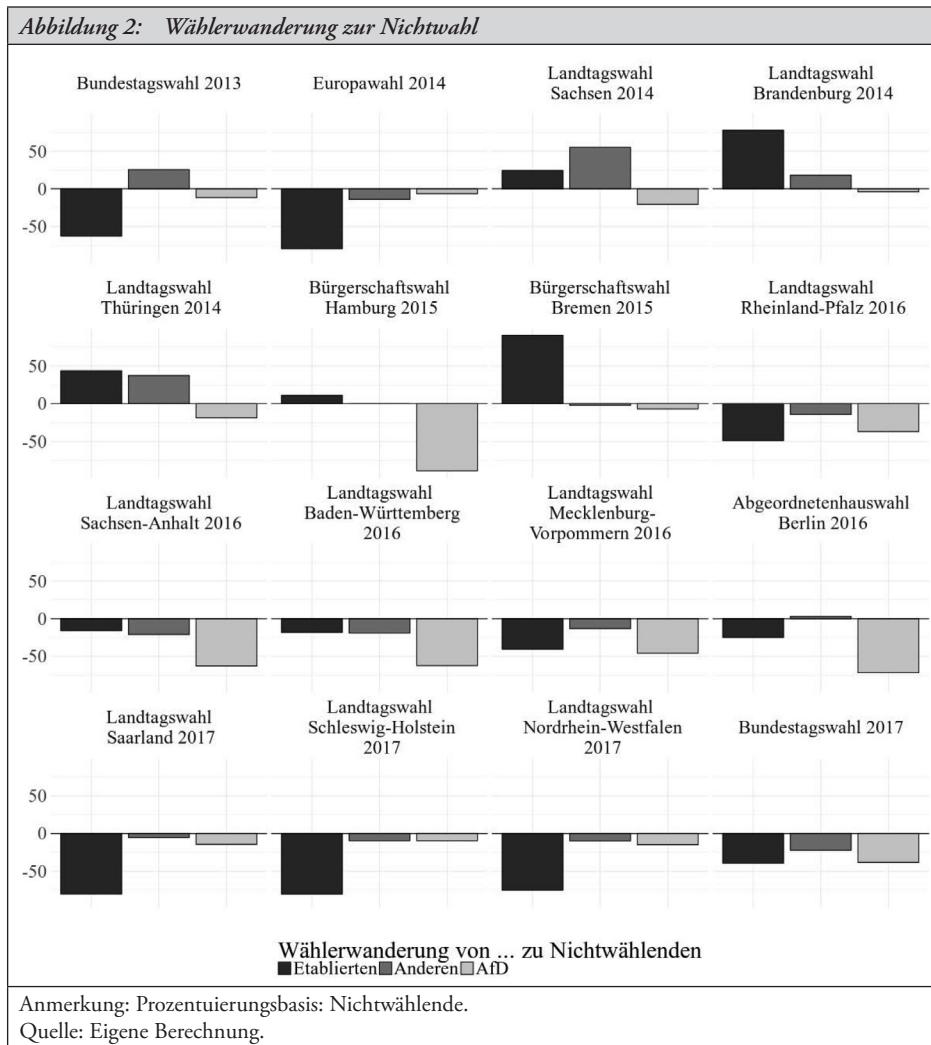
Die von methodischen Problemen belasteten Wanderungsdaten können aber nicht als einziges Werkzeug gelten, mit dem die Frage nach der Mobilisierungswirkung der AfD bearbeitet wird. Zwar zeichnet sich die den Wanderungsanalysen zugrunde liegende

49 Natürlich ist der Begriff der Wählerwanderungen etwas ungenau, da es sich insbesondere bei dem homogenen Lager der Nichtwähler eher um Mobilisierung als um eine Wanderung zwischen zwei „Orten“ handelt. Dennoch nutzen wir diesen Begriff, da er auch durch die mediale Berichterstattung zu den Standardbegriffen eines jeden Wahlabends gehört.

50 Die Zahlen zu Wählerwanderungen ergeben sich aus den Nachwahlbefragungen der Meinungsforschungsinstitute. Naturgemäß sind die Zahlen relativ ungenau und kaum vergleichbar mit professionellen und wissenschaftlich durchgeführten Bevölkerungsbefragungen. Dennoch ermöglichen diese Zahlen einen ersten Zugang zu dem Phänomen.



Wahltagsbefragung durch ein deutlich größeres Sample und höhere Teilnahmebereitschaft aus, jedoch ist fraglich, wie viele Personen sich noch an ihr vier Jahre zurückliegendes Wahlverhalten erinnern können. Auch kann die Wahltagsbefragung die wachsende Nutzung der Briefwahl nicht berücksichtigen; und für die Bestimmung der Abwanderung ins Nichtwahllager muss doch wieder auf klassische computergestützte Telefonbefragungen zurückgegriffen werden, die die Wahlbeteiligung tendenziell überschätzen. Zu guter Letzt beruht die Übersetzung der aus den Umfragen gewonnenen Anteilswerte in die absoluten Häufigkeiten der Wählerwanderung auf überschlagsmäßigen Berechnungen auf Basis der Bevölkerungsstatistik zu Umzug und Tod von Wahlberechtigten. Anhaltspunkte für die Ursachen hinter solchen Wanderungsbewegungen können aber letztlich nur Individualdaten liefern.



Solche Daten aus wissenschaftlichen Wahlumfragen sind jedoch wie beschrieben rar und spiegeln häufig nur einen älteren Status der Partei wider. Daher werden im Folgenden Aggregatdaten der offiziellen Wahlergebnisse benutzt. Diese haben gegenüber Umfragedaten den Vorteil, dass praktisch alle landesweiten Wahlen berücksichtigt und dabei die Wahlbeteiligung wie die Parteiwahl auf Aggregatebene perfekt gemessen werden können. Individuelles Verhalten oder gar kausale Effekte lassen sich mit diesen Daten nicht nachzeichnen. Dennoch bietet die Analyse von Ergebnissen auf der Aggregatebene die Möglichkeit, die Implikationen der vorangestellten Überlegungen zum Mobilisierungspotential und den Wahlentscheidungen vormaliger Nichtwählender auf der Aggregatebene zu testen.

4. Eine Auswertung aller Europa-, Bundes- und Landtagswahlen seit 2013

Für die Analysen wurde ein Datensatz der Ergebnisse auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte aller, bis auf eine Ausnahme, landesweiten Wahlen, in denen die AfD bisher antrat, zusammengestellt. Wahlen in Bremen wurden nicht berücksichtigt, weil der Staatstaat administrativ nur aus den Kreisen Bremen und Bremerhaven besteht.⁵¹ Die Betrachtung der Ergebnisse auf Kreisebene, statt auf Wahlkreisebene erleichtert dabei den Vergleich zu vergangenen Wahlen im selben Bundesland sowie zu Wahlen in anderen Bundesländern. Unabhängig davon, ob es sich um Bundestags-, Europa- oder Landtagswahlen handelt, werden so immer dieselben Aggregateinheiten verglichen. Dadurch lassen sich statistische Modelle über die Ergebnisse (in den Landkreisen und kreisfreien Städten) aller Wahlen hinweg schätzen. Dies wäre bei einem Vergleich von Wahlkreisen deutlich schwieriger, da diese ungleich heterogener sind. Landkreise haben zudem den Vorteil, dass sie sich seltener von Wahl zu Wahl ändern als Wahlkreise. Dies vereinfacht es erheblich, Veränderungen der Wahlbeteiligung zu betrachten.

Eine solche Betrachtung wäre mit Querschnittsdaten aus Wahlbefragungen in dieser Form nicht möglich. Zwar werden im Rahmen der GLES auch zu den Landtagswahlen Befragungen durchgeführt; diese stützen sich jedoch auf ein Online-Panel und haben mit etwa 500 Befragten relative kleine Samplegrößen. Somit würden sich Analysen auf maximal einige Dutzend Befragte stützen, die angaben, die AfD gewählt zu haben. Bei Umfragedaten besteht zudem die Gefahr, dass in der Tendenz die Wahlbeteiligung überschätzt und die Wahlentscheidung für die AfD unterschätzt wird. Diese Probleme treten bei den hier herangezogenen Daten nicht auf, da diese die Wahlergebnisse jeweils exakt widerspiegeln. Selbstverständlich erkauen wir diese Vorteile mit dem Nachteil, keine Aussagen auf der Individualebene treffen zu können.

Für alle Wahlen vom 22. September 2013 (Bundestagswahl sowie Landtagswahl in Hessen) bis 24. September 2017 (Bundestagswahl) wurden auch die Ergebnisse der vorangegangenen Wahl auf gleicher Ebene gesammelt, so dass für jeden Kreis die Veränderung in der Wahlbeteiligung zur Vorwahl berechnet werden kann. Die zentralen Variablen sind somit der Stimmenanteil der AfD sowie die Wahlbeteiligung und deren Veränderung gegenüber der Vorwahl.⁵²

Bevor der Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung und dem Stimmenanteil der AfD erörtert wird, ist zunächst festzuhalten, dass starke Anstiege wie in Mecklenburg-Vorpommern, wo die Wahlbeteiligung um 10,4 Prozentpunkte zunahm und die AfD mit 20,8 Prozent ihr stärkstes Ergebnis erzielte, die Ausnahme waren. Tatsächlich wuchs die Wahlbeteiligung im vorliegenden Beobachtungszeitraum nur in zwölf von 17 Wahlen (inklusive

⁵¹ Ebenso berücksichtigen wir keine Kommunalwahlen, da diese in der öffentlichen Wahrnehmung deutlich hinter Landtagswahlen rangieren. Auch trat die AfD auf kommunaler Ebene nicht flächendeckend an. Das heißt auch, dass sie weder in allen Gemeinden eines Landes noch in allen Gemeinden eines Kreises Kandidaten aufstellten. Vergleiche der Wahlergebnisse werden damit gegenüber Landtagswahlen deutlich erschwert.

⁵² Wir verzichten auf weitere Kovariante, da es uns vornehmlich um eine erstmalige deskriptive Erfassung der postulierten Zusammenhänge über mehrere Wahlen hinweg geht. Eine Drittvariablenkontrolle würde nur eine kausale Interpretation suggerieren, die wir mit unseren Daten nicht einlösen können.

Abbildung 3: Die Stimmenanteile der AfD sowie die Veränderung der Wahlbeteiligung gegenüber der Vorwahl



Quelle: Eigene Berechnung.

Bremen) an und nur in Hessen neben Mecklenburg-Vorpommern um mehr als zehn Prozentpunkte. In Hessen fand die Landtagswahl zeitgleich mit der Bundestagswahl statt, was der Grund für die starke Zunahme der Wahlbeteiligung sein dürfte. Analog lässt sich auch der starke Rückgang in Brandenburg um sogar 19,1 Prozentpunkte erklären: Hier fand die vorhergehende Landtagswahl zeitgleich zur Bundestagswahl 2009 statt. Insbesondere die Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt prägten jedoch die öffentliche

Wahrnehmung. Tatsächlich stieg die Wahlbeteiligung im Mittel über alle Wahlen um nur knapp drei Prozentpunkte. Insgesamt sind die Veränderung der Wahlbeteiligung und der Stimmenanteil der AfD somit nur schwach korreliert ($r = 0,2$). Werden jedoch die Wahlen in Hessen und Brandenburg aus der Betrachtung ausgeschlossen, stieg die Wahlbeteiligung im Mittel um 3,5 Prozentpunkte und der AfD-Stimmenanteil und die Veränderungen in der Wahlbeteiligung korrelieren recht stark ($r = 0,58$).

Zusammenhänge über mehrere Wahlen verdecken jedoch teils erhebliche Variationen innerhalb einzelner Wahlen. Auch dies ist ein Grund, warum hier die niedrigere Aggregationsebene der Kreise herangezogen wird. Um den Zusammenhang zwischen dem Stimmenanteil der AfD und der Wahlbeteiligung zu veranschaulichen, wird in Abbildung 4 und 5 jede Wahl in einem separaten Streudiagramm dargestellt. Die Skalierung wird für alle Streudiagramme auf dieselben Werte gesetzt, um Vergleiche über mehrere Wahlen zu ermöglichen. Die Streudiagramme sind zudem chronologisch angeordnet. Somit lässt sich auch die zeitliche Entwicklung verfolgen. Der lineare Zusammenhang zwischen den beiden Variablen wird als Linie abgebildet, die auf einer Schätzung einer linearen bivariaten Regression basiert.⁵³

Aus Abbildung 4 ist ersichtlich, dass bei den meisten Wahlen nur ein schwacher oder oft auch gar kein Zusammenhang zwischen den beiden Variablen besteht. Zeigt sich ein Zusammenhang, ist dieser meist negativ. Dies ist nicht weiter verwunderlich. So weisen wohlhabendere Gegenden stets eine höhere Wahlbeteiligung, aber gleichzeitig auch weniger Unterstützung für extreme Parteien auf. Ähnliche Ergebnisse wurden auch schon von anderen Autoren beobachtet und mit der lokalen Sozioökonomie in Zusammenhang gebracht und problematisiert.⁵⁴ Einzig die Landtagswahl 2014 in Brandenburg weicht von diesem Muster ab.

Abbildung 4 veranschaulicht somit eine Polarisierung in der elektoralen Partizipation in Deutschland. Dort wo die Wahlbeteiligung niedriger ist, scheint die AfD tendenziell besser abzuschneiden. Es gibt eine erhebliche Varianz der Beteiligung, sowohl zwischen als auch innerhalb der Wahlen. Diese regionalen Unterschiede sind stark durch sozioökonomische Faktoren bedingt, wie *Armin Schäfer* und *Sigrid Rofsteutscher* exemplarisch für die Bundestagswahl 2013 darstellten.⁵⁵ Zudem belegten *Knut Bergmann* u.a., dass die Arbeitslosenrate mit dem Stimmenanteil der AfD korreliert.⁵⁶ In allen Wahlen, mit Ausnahme der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, beträgt der Unterschied zwischen dem Kreis mit der höchsten und dem mit der niedrigsten Wahlbeteiligung mindestens zehn Prozentpunkt-

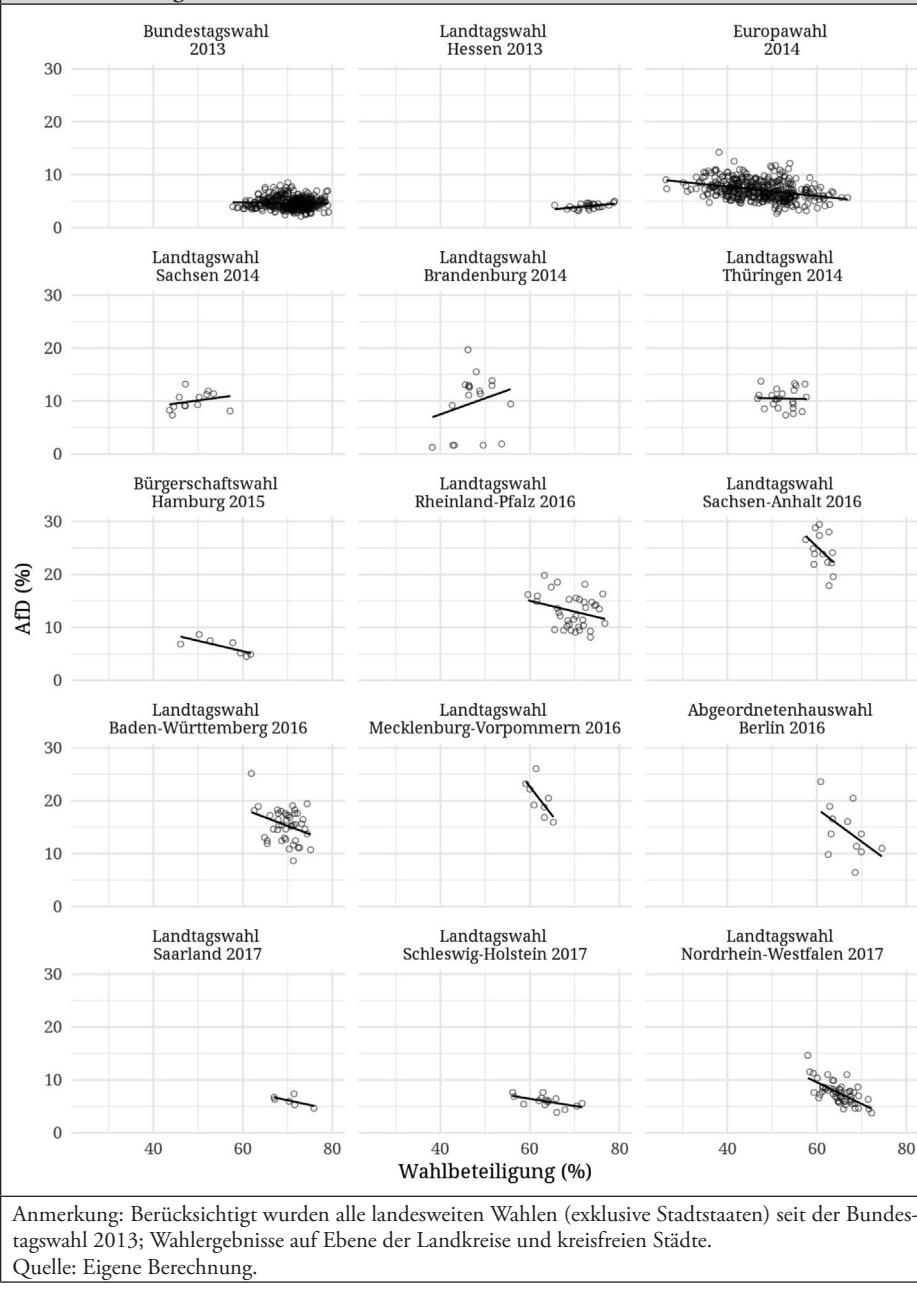
53 Da die Streudiagramme keine Anhaltspunkte geben, von einem nichtlinearen Zusammenhang auszugehen, schätzen wir simple lineare OLS-Regressionsmodelle. Damit wird die Korrelation zwischen der Veränderungsrate der Wahlbeteiligung und der Wahlergebnisse der AfD auf Basis der Variation dieser Variablen innerhalb einzelner Wahlen geschätzt. Wir überprüfen somit Unterschiede zwischen Bundesländern und zwischen verschiedenen Wahltypen (Bundestags-, Landtags- und Europawahl).

54 Vgl. *Armin Schäfer*, Der Verlust politischer Gleichheit: Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt am Main 2015; *Michael Kaeding / Stefan Haufner / Morten Pieper*, Nichtwähler in Europa, Deutschland und Nordrhein-Westfalen: Ursachen und Konsequenzen sinkender Wahlbeteiligung, Wiesbaden 2016; *Knut Bergmann / Matthias Diermeier / Judith Niehues*, a.a.O. (Fn. 35).

55 Vgl. *Armin Schäfer / Sigrid Rofsteutscher*, Räumliche Unterschiede der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013: Die soziale Topografie der Nichtwahl, in: *Karl-Rudolf Korte* (Hrsg.), Die Bundestagswahl 2013: Analysen der Wahl-, Parteien-, Kommunikations- und Regierungsfor- schung, Wiesbaden 2015, S. 99 – 118.

56 Vgl. *Knut Bergmann / Matthias Diermeier / Judith Niehues*, a.a.O. (Fn. 35).

Abbildung 4: Stimmenanteil der AfD in Abhängigkeit von der Wahlbeteiligung seit der Bundestagswahl 2013



Anmerkung: Berücksichtigt wurden alle landesweiten Wahlen (exklusive Stadtstaaten) seit der Bundestagswahl 2013; Wahlergebnisse auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte.

Quelle: Eigene Berechnung.

te. Oftmals fallen die Unterschiede noch größer aus. Auch zwischen den Bundesländern bestehen erhebliche Unterschiede, sowohl in Bezug auf die Wahlbeteiligung als auch auf die elektoralen Erfolge der AfD.

Um die Frage zu beantworten, ob die AfD zur Steigerung der Wahlbeteiligung beigetragen hat, wird in Abbildung 5 die Veränderung der Wahlbeteiligung gegenüber der letzten Wahl in Zusammenhang gesetzt zu den durch die AfD erzielten Stimmenanteilen. In dieser Grafik wird zusätzlich der Nullpunkt auf der Y-Achse – keine Veränderung der Wahlbeteiligung – durch eine horizontale gepunktete Linie gekennzeichnet. Auch hier liegt in den meisten Fällen kein oder nur ein schwacher Zusammenhang vor. Stieg bei der Bundestagswahl 2013 die Wahlbeteiligung tatsächlich noch in jenen Kreisen am stärksten an, in denen die AfD am erfolgreichsten war, so stellte sich bei der Europawahl 2014 dieser Zusammenhang nun genau andersherum dar. Dies mag damit zusammenhängen, dass einige Bundesländer⁵⁷ erstmals Kommunalwahlen parallel zu den Wahlen zum Europäischen Parlament abhielten und es damit einen starken exogenen Effekt auf die Wahlbeteiligung gab.

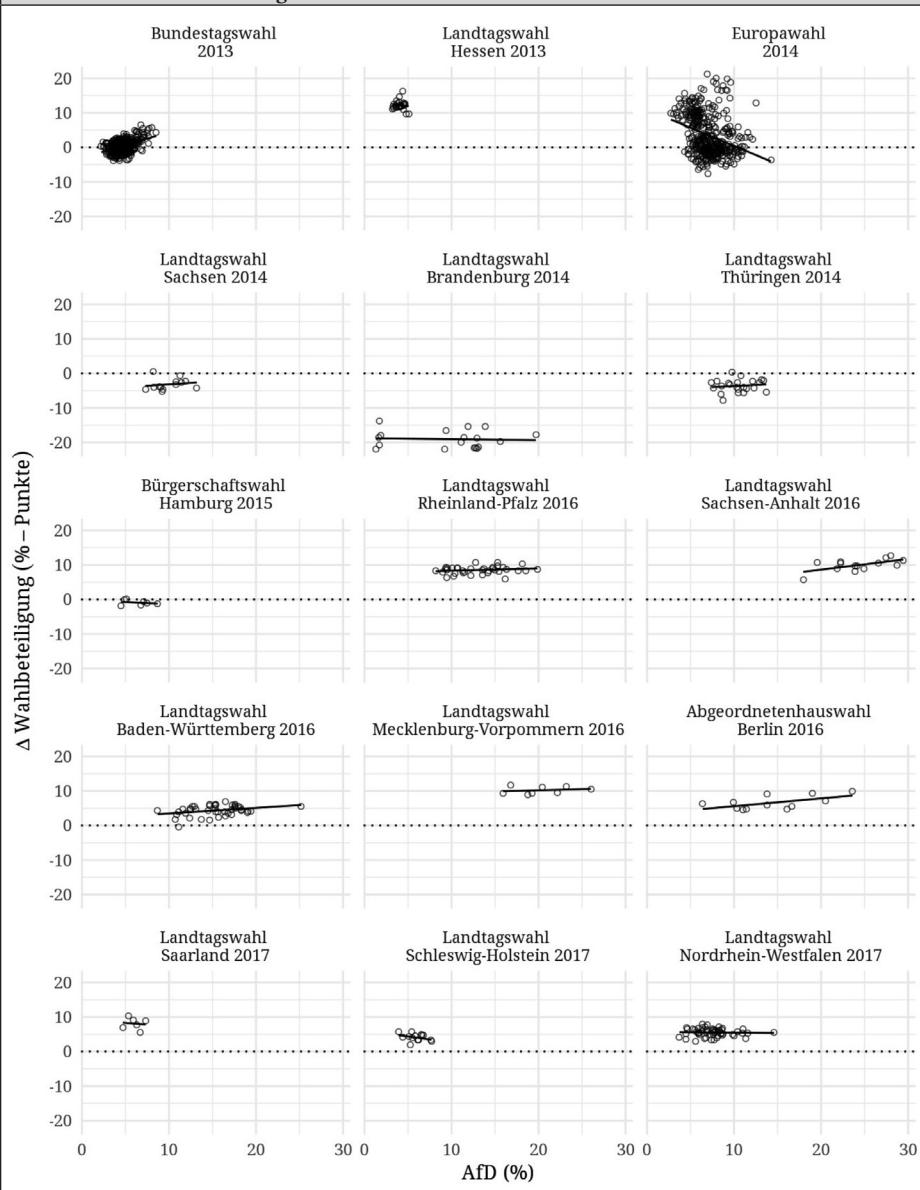
Abgesehen von diesen beiden Wahlen zeigt sich – wenn ein Zusammenhang überhaupt erkennbar ist – ein leicht positiver nur bei der Landtagswahl 2016 in Sachsen-Anhalt. Dort erreichte die AfD mit 24,3 Prozent auch ihr stärkstes Ergebnis in einer Landtagswahl.

Diese graphischen Analysen legen insgesamt keinen starken Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung einerseits und dem Erfolg der AfD andererseits nahe. Weder schneidet die AfD dort besonders gut ab, wo sich die Wahlbeteiligung erheblich verändert hat, noch hat die AfD in Kreisen, wo die Wahlbeteiligung hoch war, stärker abgeschnitten. Jedoch ist eine geographische Polarisierung in der Hinsicht erkennbar, dass Kreise, die eine niedrige Wahlbeteiligung aufweisen, einen höheren Stimmenanteil für die AfD verzeichnen als Kreise mit einer höheren Wahlbeteiligung.

Über alle Wahlen hinweg zeigt sich ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Veränderung der Wahlbeteiligung einerseits und dem Stimmenanteil der AfD andererseits. Der geschätzte Koeffizient – eine Veränderung des AfD-Stimmenanteils um einen Prozentpunkt ist assoziiert mit einem um 0,09 Prozentpunkte höheren Anstieg der Wahlbeteiligung – ist schwach, aber statistisch signifikant. In einzelnen Jahren zeigen sich substantiellere, wenn auch noch immer insgesamt relativ schwache Zusammenhänge. 2013 und 2016 geht ein um einen Prozentpunkt besseres AfD-Ergebnis mit einer um 0,18 beziehungsweise 0,16 Prozentpunkte höheren Wahlbeteiligung einher. 2017 verkehrte sich dieser Zusammenhang in das Gegenteil. Hier lässt sich bei einer Veränderung des AfD-Ergebnisses um einen Prozentpunkt mit einer Abnahme der Wahlbeteiligung um 0,05 Prozentpunkte rechnen. Da dieser Koeffizient jedoch nicht signifikant ist, kann eine zufällige Korrelation nicht mit ausreichender Sicherheit ausgeschlossen werden. Hinsichtlich der Erklärungskraft kann lediglich das 2016er-Modell ansatzweise überzeugen. Mit einem R²-Wert von 0,15 liegt hier – speziell für Aggregatdatenanalysen – aber weiterhin ein niedriger Wert vor. Bei den übrigen Modellen erklärt das AfD-Ergebnis die Veränderung in der Wahlbeteiligung nicht. Insgesamt lässt sich also festhalten, dass allenfalls schwache Korrelationen nachgewiesen werden können, die leicht in die positive Richtung weisen. Allerdings sind die Richtungen des Zusammenhangs stark abhängig von dem Zeitpunkt der Wahl.

⁵⁷ Kommunalwahlen fanden 2014 zeitgleich zu den Europawahlen in Baden-Württemberg, Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Thüringen statt.

Abbildung 5: Veränderung der Wahlbeteiligung in Abhängigkeit des Stimmenanteils der AfD seit der Bundestagswahl 2013



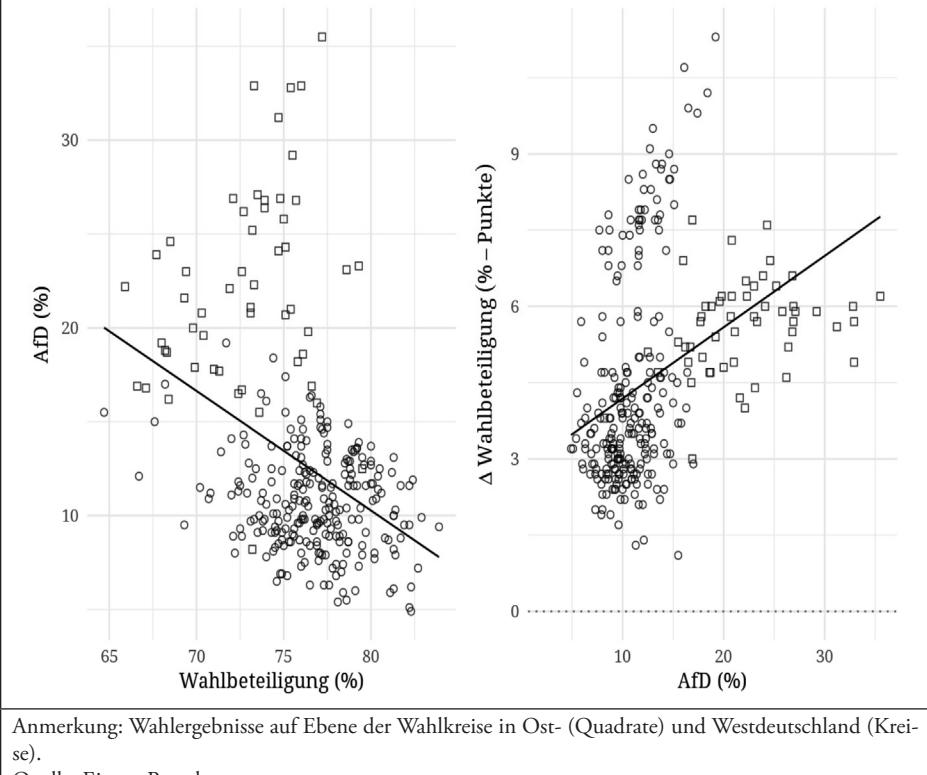
Anmerkung: Berücksichtigt wurden alle landesweiten Wahlen (exklusive Stadtstaaten) seit der Bundestagswahl 2013; Wahlergebnisse auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte.
Quelle: Eigene Berechnung.

4.1. Die Bundestagswahl 2017

Abbildung 6 zeigt die bereits bekannten Grafiken für die Bundestagswahl 2017. Im Gegensatz zu der Ebene der Regierungsbezirke wurden hier aus Gründen der Datenverfügbarkeit die 299 Wahlkreise gewählt. Auf der linken Seite erkennt man einen Zusammenhang, den es bei der Bundestagswahl 2013, bei der Europawahl 2014 und auch bei einigen Landtagswahlen in ähnlicher Weise gegeben hat. Je höher die Wahlbeteiligung in den Wahlkreisen ist, desto niedriger ist tendenziell das Wahlergebnis der AfD. Bereits hier erkennt man einen starken Ost-West-Unterschied. Es bilden sich zwei beinahe vollständig voneinander getrennte Cluster, da die AfD in den östlichen Bundesländern besonders große Erfolge einfahren konnte. Diese Länder weisen im Bundesvergleich eine niedrige bis mittlere Wahlbeteiligung auf.

Auf der rechten Seite der Grafik ist das Wahlergebnis der AfD und die Veränderung der Wahlbeteiligung zur Bundestagswahl 2013 abgetragen. Zunächst ist festzuhalten, dass in allen Wahlkreisen die Wahlbeteiligung angestiegen ist. Hier ist der Zusammenhang eindeutig positiv: Je stärker also die AfD bei der Bundestagswahl 2017 in einem Wahlkreis wurde, desto stärker wuchs tendenziell auch die Wahlbeteiligung. Bemerkenswert ist darü-

Abbildung 6: Stimmenanteil der AfD in Abhängigkeit von der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2017 (linkes Diagramm) und Veränderung der Wahlbeteiligung in Abhängigkeit des Stimmenanteils der AfD (rechtes Diagramm)



Anmerkung: Wahlergebnisse auf Ebene der Wahlkreise in Ost- (Quadrat) und Westdeutschland (Kreise).

Quelle: Eigene Berechnung.

Tabelle 1: Der Zusammenhang zwischen der Wahlbeteiligung und der Stimmenanteile der AfD							
	Alle	2013	2014	2015	2016	2017	BTW 2017
AfD	0.08*	0.18**	0.02	-0.13	0.16***	-0.05	0.14***
	(0.03)	(0.06)	(0.06)	(0.21)	(0.04)	(0.08)	(0.02)
Konstante				-0.05			2.78***
				(1.37)			(0.27)
R ²	0.01	0.02	0.00	0.08	0.14	0.01	0.15
N	1.165	421	548	7	114	75	299

Anmerkung: p < 0.001, p < 0.01, p < 0.05.
 Fixed-Effects Regressionsmodelle in Spalten 1 bis 5: Die Veränderung in der Wahlbeteiligung (abhängige Variable) wird korreliert mit dem Stimmenanteil der AfD (unabhängige Variable); Wahlergebnisse auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte.
 OLS-Regressionsmodell in Spalte 6: Die Veränderung in der Wahlbeteiligung wird korreliert mit dem Stimmenanteil der AfD; Wahlkreisergebnisse.
 Quelle: Eigene Berechnung.

ber hinaus abermals der relativ deutliche Ost-West-Unterschied. Die AfD schnitt in den neuen Bundesländern besonders gut ab, und die Wahlkreise wiesen zugleich – von niedrigem Niveau kommend – einen mittleren bis hohen Anstieg in der Wahlbeteiligung auf. Eine besonders große Zunahme verzeichneten auch die Wahlkreise in Bayern. Dort war allerdings der Erfolg der AfD im Vergleich zu den neuen Bundesländern weniger ausgeprägt.

Die Bundestagswahl 2017 fällt damit aus dem bisherigen Muster der Wahlen 2017 heraus. Wie in Tabelle 1 zu sehen, ist hier sogar ein leicht negativer, wenn auch nicht signifikanter Effekt beobachtbar. Der Koeffizient für die Bundestagswahl ist hingegen positiv, und der Erfolg der AfD erklärt im Vergleich zu den anderen Jahren relativ viel der Varianz des Wahlbeteiligungsanstiegs. Die Bundestagswahl 2017 ist also tatsächlich eher ein Sonderfall.

4.2. Einordnung der Ergebnisse: kein eindeutiger Zusammenhang zwischen dem Erfolg der AfD und der Wahlbeteiligung

Wirkt die AfD mobilisierend auf das Lager der Nichtwählenden und lassen sich die Erfolge der Partei vor allem durch diese Mobilisierung erklären? Schon diese Ausgangsfragen der Analyse bringen einige konzeptionelle Schwierigkeiten mit sich. So wird eine gleichzeitige Kausalität der AfD auf die Wahlbeteiligung und der Wahlbeteiligung auf den elektoralen Erfolg der AfD postuliert.

Wenn die Vermutung stimmt, dass die AfD Nichtwählende mobilisiert und diese zum großen Teil für sich gewinnt, müsste eine Korrelation zwischen dem Stimmenanteil der AfD und dem Anstieg der Wahlbeteiligung auftreten. Diese zeigt sich jedoch nicht. Betrachtet man zunächst die Variation in der Wahlbeteiligung und den Stimmenanteilen der AfD zwischen verschiedenen Gebietseinheiten innerhalb einer Wahl, so besteht meist keinerlei Zusammenhang zwischen dem Anstieg der Wahlbeteiligung und dem Erfolg der Partei. Dies spricht dafür, dass die AfD zwar Nichtwählende mobilisiert haben mag, diese aber nicht überwiegend für die AfD, sondern in gleichem Maße auch für andere Parteien ge-

stimmt haben. Damit liegen unsere Ergebnisse für Deutschland auf einer Linie mit der bisherigen Forschung auf europäischer Ebene. Vorsichtig unterstützen lässt sich daher eine Hypothese von *Tim Immerzeel* und *Mark Pickups*, nach der auch die Gegner rechtspopulistischer Parteien mobilisiert werden.

Zwar gab es in allen Wahlen seit 2016 einen Anstieg der Wahlbeteiligung und teils deutliche Erfolge für AfD; diese Entwicklungen scheinen aber auch schon im selben Jahr ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Dies mag darauf hindeuten, dass die AfD erst nach ihrer Wandlung zur rechtspopulistischen Partei ein mobilisierendes Potential entwickelt hat. Jedoch muss sich diese Entwicklung nicht notwendigerweise in langfristige Erfolge ummünzen. Die hier präsentierten Ergebnisse in Verbindung mit der Darstellung der Wanderungsanalysen ergeben ein umfassenderes Bild.

Die Wanderungsbilanzen zeigen, dass sich – wenn überhaupt – nur eine einfache, keine absolute Mehrheit der AfD-Wähler aus Nichtwählenden rekrutierte. Die AfD gewann ihre Wähler 2016 vor allem besonders stark aus dem Lager der Nichtwählenden. In den Landtagswahlen des Jahres 2017 wandelte sich dieses Bild erneut. Nun kommt die Mehrheit der AfD-Wählerschaft wieder aus den „anderen“ Parteien, in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen sogar eine absolute Mehrheit. Deutlich wird hier also abermals die Wichtigkeit der zeitlichen Entwicklung der Partei und die Kontextualisierung durch die politische Gelegenheitsstruktur. So konnte die AfD im Jahr 2016 viele interne Kämpfe beenden, sie präsentierte sich geschlossener als nationalkonservative Partei und profitierte darüber hinaus von der Wichtigkeit der Geflüchtetenthematik. Mittlerweile nehmen sowohl die interne Geschlossenheit der AfD als auch die Zahl der an kommenden Geflüchteten ab. Dies scheint das Mobilisierungspotential der Partei in den Landtagswahlen 2017 geschwächt zu haben.

Jedoch lässt sich im Gegensatz dazu bei der Bundestagswahl 2017 wieder ein positiver Zusammenhang zwischen AfD-Ergebnis und gewachsener Wahlbeteiligung nachweisen. Zum Teil wird hier erneut das Erklärungsmuster einer gestiegenen Polarisierung im Vergleich zu den Landtagswahlen 2017 gegriffen haben. Das Thema Sicherheit und Migration hatte besonders in den letzten Wochen des Wahlkampfs und im TV-Duell wieder an Bedeutung gewonnen. Beide großen Parteien CDU/CSU und SPD gingen eher als Verlierer aus dem Duell, und die Themensetzung kam *Angela Merkel* und *Martin Schulz* nicht zu Gute.⁵⁸ Empirisch tragfähige Erklärungsansätze werden aber nur weitergehende Analysen unter der Berücksichtigung der Wahlbefragungen wie beispielsweise der German Longitudinal Election Study zu Tage fördern können.

Wir begannen unsere Analysen jedoch mit einer einfachen Betrachtung der Höhe der Wahlbeteiligung und des Stimmenanteils der AfD, wobei sich meist ein negativer Zusammenhang zeigte. Je niedriger die Wahlbeteiligung, desto höher fiel das Ergebnis für die AfD aus – auch bei der ansonsten aus dem Rahmen fallenden Bundestagswahl 2017. Dies mag ein Ausdruck der sozioökonomischen Stratifikation politischer Partizipation sein.⁵⁹ Daraus ergibt sich jedoch kein weitergehender Schluss zur räumlichen Klumpung niedriger Wahlbe-

⁵⁸ Vgl. *Jan Dinter / Kristina Weisenbach*, Das Kanzlerduell – Ein Wendepunkt in der Hochphase des Bundestagswahlkampfs 2017?, 23. September 2017, <http://regierungsforschung.de/das-kanzlerduell-ein-wendepunkt-in-der-hochphase-des-bundestagswahlkampfs-2017/> (Abruf am 9. Januar 2018).

⁵⁹ Vgl. beispielsweise *Armin Schäfer*, a.a.O. (Fn. 54).

teiligung und höheren AfD-Stimmenanteilen. So lässt sich aus diesen Ergebnissen ausdrücklich nicht schließen, wer in diesen Gebieten die AfD wählte. Es müssen nicht notwendigerweise Personen ohne oder mit niedrigem Erwerbseinkommen sein. Auch eine subjektiv oder objektiv vom Abstieg bedrohte Mittelschicht könnte das Wählerpotential der AfD ausmachen. Diese ist möglicherweise in Gegenden mit niedriger Wahlbeteiligung – die in der Regel mit höherer Arbeitslosigkeit einhergeht – besonders von Verlustängsten geplagt.

5. Fazit: Gestiegene Polarisierung und gestiegene Beteiligung

Betrachtet man die Entwicklungen, den Aufstieg der AfD und das Anwachsen der Wahlbeteiligung bei einigen Wahlen getrennt voneinander, ergibt sich schnell der Verdacht, dass diese beiden Phänomene zusammenhängen. Diese Hypothese, nach der die AfD vormalige Nichtwählende mobilisierte, die mehrheitlich dann diese Partei wählen würden, konnte nicht belegt werden. So zeigt sich im Querschnitt kaum ein Zusammenhang zwischen der Stärke der AfD und der Veränderung der Wahlbeteiligung. Lediglich im Jahr 2016 und einigen Einzelfällen, zuletzt der Bundestagswahl 2017, ließen sich Zusammenhänge dieser Art beobachten. In Verbindung mit den Wanderungsanalysen kann abgeleitet werden, dass die AfD von einem Anstieg der Wahlbeteiligung nicht übermäßig profitierte, da erstens der Großteil ihrer Wählerschaft zuvor andere Parteien wählte und die Mehrheit der neuen Wahlteilnehmer sich eben meist nicht der AfD zuwandte.

Vielmehr deuten die vorgelegten Analysen auf eine Polarisierung der politischen Beteiligung hin. Die AfD ist besonders dort erfolgreich, wo die Wahlbeteiligung relativ niedrig ausfällt. Hier lassen sich spezielle sozioökonomische Gründe vermuten, die auf der Aggregatebene große Erklärungskraft für die Wahlbeteiligung entfalten. Eine wichtige Rolle spielt außerdem die zeitliche Komponente bei der Untersuchung der Wahlerfolge der AfD. Die Wirkung, die das Erstarken dieser Partei auf das politische System und auf die Wahlbeteiligung hat, scheint stark sowohl von ihrer eigenen Ausrichtung als auch von temporären Gelegenheitsstrukturen abhängig zu sein. Das Jahr 2016 und die Bundestagswahl 2017, so legen es unsere Ergebnisse nahe, stellen einen Sonderfall dar. Die AfD präsentierte sich 2016 nach ihrer Spaltung einigermaßen geschlossen und konnte besonders von der Geflüchtetenthematik profitieren. Fallen diese oder ähnliche Umstände weg, scheint auch das Mobilisierungspotential der AfD zu sinken. Diese Befunde stimmen überein mit den wenigen Studien, die es auf europäischer Ebene zum Einfluss rechtspopulistischer Parteien gibt.⁶⁰

Somit liegen einige erste Erkenntnisse über das elektorale Potenzial der AfD als mittlerweile rechtspopulistischer Partei vor. Wer die AfD wählt, können jedoch nur Individualdatenanalysen offenbaren. Diese wären auch nützlich, um die hier gezogenen Schlussfolgerungen weiter zu überprüfen. Neue Umfragedaten, die in Folge der Bundestagswahl 2017 beispielsweise durch die GLES zur Verfügung stehen werden, werden dabei von besonderem Interesse sein. Aber auch weitere kleinräumige Aggregatdatenanalysen zukünftiger Wahlen können dabei helfen, das elektorale Potenzial der AfD einzurunden.

60 Vgl. Tim Immerzeel / Mark Pickup, a.a.O. (Fn. 4).